

would only keep open a festering wound in the centre of Europe. I leave it to your discretion to make this point to the Quai d'Orsay as you see fit."³⁰

Dies bedeutete die Erfüllung der Bestimmungen des Versailler Vertrages ohne Wenn und Aber, aber auch die Bereitschaft, die bestehenden Nachkriegsgrenzen, die Militärklauseln oder die Entmilitarisierung des Rheinlandes im Zuge eines Ausgleichs neu zur überdenken. Die mehr als deutlich dargelegte Erwartung von seiten des Quai d'Orsay bzw. des vom Völkerbund am 20. Januar 1934 eingesetzten Ausschusses zur Prüfung der mit der Saar-Abstimmung zusammenhängenden Probleme (sogenannter Dreierausschuß unter Leitung des italienischen Barons Aloisi mit dem argentinischen Ratsvertreter José Maria Cantilo und dem Spanier Salvador de Madariaga, später durch seinen Landsmann Julio Lopez Oliván ersetzt) war kaum zu überhören.

Auch die Sowjetunion schenkte der Lösung des Saargebiet-Problems größte Aufmerksamkeit, was sich auch auf internationaler Verhandlungsebene bemerkbar machte. Mit seiner Revisionspolitik des Versailler Vertrages hatte Hitler zu verstehen gegeben, daß er mit der Bevormundung Deutschlands durch die Siegermächte des Ersten Weltkrieges auf die Dauer nicht einverstanden war. Trotzdem bemühte sich die Sowjetunion auch nach 1933 um eine Verbesserung der Beziehungen zu Deutschland. Zu ihren Anstrengungen auf dem Gebiet eines umfassenden Sicherheitspaktes, an dem vor allem Frankreich, aber auch Polen beteiligt sein sollte, trat im September 1934 die Aufnahme der Sowjetunion in den Völkerbund. Vor diesem internationalen Forum wurden nun auch die sowjetischen Überlegungen in Detailfragen sichtbar.

Die Auffassung Litwinows zur Saarfrage kommt in dem Brief des britischen Staatssekretärs Pattersons (Genf) vom 21. Oktober 1934 an den britischen Außenminister nach einer Unterredung Litwinows mit dem parlamentarischen Unterstaatssekretär im britischen Außenministerium, Eden, klar zum Ausdruck³¹. Litwinow wünschte demnach Hitler vor allem keinen neuen Triumph, den ihm ein Sieg an der Saar zu Hause verschaffen würde, und er betrachtete die Zukunft der Saar nicht in ihrer Wirkung auf den europäischen Frieden, sondern unter dem Gesichtspunkt der Manifestierung eines Regimes in Deutschland, das er verabscheute. Der Rat des Völkerbundes durfte nach seiner Meinung keine Initiative im Hinblick auf eine zweite Abstimmung ergreifen; der Völkerbund sollte jedoch im Falle einer Entscheidung der Saarbevölkerung für den Status quo unter Berücksichtigung des eventuellen Wunsches nach einer späteren Rückkehr zu Deutschland eine positive Antwort geben.

Ein Rückschlag in der gemeinsamen Haltung der Sowjetunion und Frankreichs gegenüber dem Naziregime dürfte zeitlich in der Ermordung Barthous anzusetzen sein, kamen doch nun in Frankreich mit der Regierung Flandin und vor allem mit Außenminister Laval Persönlichkeiten an die Staatsspitze, denen an einem Arran-

³⁰ DBFP, Ser. II, Bd. XII, Nr. 185, S. 211.

³¹ Ebd. Nr. 199, S. 225.